

## Unklares Bild

Nina Willborn  
über Kriminalität

Gelegenheit macht Diebe, in Zeiten von Corona verstärkt im Internet. Das zeigt die Kriminalitätsstatistik. Die Trends Homeoffice und Online-Shopping werden wohl bleiben, damit muss das Internet als einer der neuen Schwerpunkte für Straftaten in den Fokus der Polizei rücken. Eine entsprechende Ausbildung der Ermittler ist ebenso unerlässlich wie die entsprechende personelle und technische Ausstattung. Abzuwarten bleibt, ob die zusätzlichen Kräfte für die Bremer Polizei dafür ausreichen.

Fälle häuslicher Gewalt nehmen zu – eine erwartbare, dennoch beunruhigende Aussage der Statistik. Sie zeigt jedoch auch die große Schwäche des Zahlenwerks. Abgesehen davon, dass Zahlen aus der Pandemie nur bedingt vergleichbar mit denen früherer Monate sind, liefern die Daten keinen wirklichen Überblick über Verbrechen im Jahr 2020. Gezählt werden nur angezeigte Fälle, bei häuslicher Gewalt ist dies nur ein Bruchteil. Durch Altlasten sowie unbearbeitete Fälle, die erst in der Statistik für 2021 auftauchen, verschwimmt das Bild vollends.

Bericht Seite 7  
nina.willborn@weser-kurier.de



HUBBE 21

Phil Hubbe

## Augenmaß

Florian Schwiegershausen  
über die Ausbildungsprämie

Die Bundesregierung will bei der Förderung der Ausbildung nochmals nachlegen. Bis zu 6000 Euro soll ein Betrieb erhalten, wenn er in dieser schwierigen Zeit Auszubildende einstellt. Für die Jahre 2021 und 2022 sind dafür 700 Millionen Euro vorgesehen. Das Geld können Betriebe mit bis zu 499 Beschäftigten erhalten. Damit legt der Bund bei seiner ursprünglichen Initiative finanziell noch einmal eine Schippe drauf. Das ist gut angelegtes Geld. Hier beweist die Bundesregierung das notwendige Augenmaß zum richtigen Zeitpunkt.

In Bremen steht noch immer eine Ausbildungsabgabe im Raum für diejenigen, die nicht oder zu wenig ausbilden. So hat es die linke Wirtschaftsministerin Kristina Vogt eigentlich im Sinne ihrer Parteibasis auf ihrer Agenda stehen. Doch ein solches Projekt wäre für dieses Corona-Ausnahmehjahr völlig fehl am Platze. Viele Hotels beispielsweise würden gerne ausbilden, wenn es etwas zu arbeiten gäbe. Wer das nicht einsehen will, dem gilt der Appell: Bitte auch hier mehr Augenmaß.

Bericht Seite 15  
florian.schwiegershausen@weser-kurier.de

## Politiker geben sich ein Steldichein vor Gericht

Lisa Louis  
über den Sarkozy-Prozess

Nicolas Sarkozy steht in Frankreich schon wieder vor Gericht. Erst vor zwei Wochen hatte die Öffentlichkeit gespannt Justizpalast beobachtet, wie ein Richter im Pariser Justizpalast zum ersten Mal überhaupt einen ehemaligen Präsidenten wegen Korruption verurteilte. Diesmal soll er im Präsidentschaftswahlkampf 2012 – den er übrigens gegen seinen Nachfolger Francois Hollande verlor – mehr ausgegeben haben, als er laut Reglement durfte. Es sind nur zwei von mehr als einem halben Dutzend Affären, in die Sarkozy verstrickt sein soll.

Gegenwärtig folgt ein Prozess gegen Spitzenpolitiker dem anderen. So traf es kürzlich den ehemaligen Premier Édouard Balladur, zuvor mussten Ex-Finanzminister Jérôme Cahuzac und oder auch der inzwischen verstorbene Ex-Präsident Jacques Chirac auf der Anklagebank Platz nehmen. Ein Grund dafür sind Frankreichs Transparenz-Regeln für Politiker, die in den vergangenen Jahren erheblich verschärft wurden. Doch politisch müssen die ehemaligen oder aktuellen Amtsträger für ihre Verurteilungen nur selten geradestehen.

Franzosen sehen sich selbst gerne als heißblütige Latinos – keinesfalls wollen sie mit den steifen Deutschen oder, schlimmer noch, den kühlen Nordeuropäern auf eine Stufe gestellt werden. Aber in gewisser Hinsicht versuchen sie

dann doch wieder, ihren vermeintlich weniger leidenschaftlichen Nachbarn jenseits des Rheins zu ähneln – sie stehen nämlich im Korruptionsindex von Transparency International auf Platz neun in Vergleich zum bemerkenswerten Platz 23 der Franzosen.

Während Frankreich in der Vergangenheit eher leger mit korruptem Gemäusel seiner Politiker umging, wird seit einigen Jahren ein härterer Ton angeschlagen. 2013 etwa gründete man eine unabhängige Behörde für Transparenz im öffentlichen Leben. Alle Minister müssen inzwischen mögliche Interessenkonflikte angeben und ihr Vermögen

Alle Minister  
müssen ihr Vermögen  
offenlegen.

offenlegen.

„Das ist viel strikter als in Deutschland“, sagt Yoan Vilain, Jurist und Leiter der Abteilung Internationales an der Humboldt-Universität in Berlin. Er hat für den französischen Senat eine vergleichende Studie über die Kontrollmechanismen für Politiker in beiden Ländern geschrieben. „Es ist kein Wunder, dass so viele französische Politiker vor Gericht kommen. Für mich ist dies das Ende einer Ära. Was man früher noch hat durchgehen lassen, geht jetzt nicht mehr, weil die Regeln geändert wurden.“ Strengere Regeln seien allerdings auch nötig, meint er. „Frankreich ist mit seinem Präsidialsystem viel zentralisierter als das

föderale Deutschland. Politiker haben so mehr Macht und kommen eher in Versuchung, korrupt zu werden – noch dazu, weil es hier eine Elite gibt, die oft unter sich bleibt.“

Aber für Julien Dubarry, Professor für französisches Zivilrecht an der Universität des Saarlands, gibt es noch einen anderen Grund, warum man französische Politiker so häufig vor den Richter zerrt: die französische Mentalität. „In Frankreich ist alles viel konfliktreicher als in Deutschland“, sagt er. „Da passiert es häufig, in der Privatwirtschaft, aber auch in der Politik, dass man den Widersacher verklagt, um ihm zu schaden.“ Viele nutzten die Justiz also für ihre Zwecke. Nur seien sich die Franzosen dieser Instrumentalisierung auch bewusst. Prozesse gegen politische Spitzenleute würden weit weniger ernst genommen als in Deutschland.

So gilt es in Frankreich als durchaus normal, verurteilte Politiker wiederzuwählen. Selbst bei Sarkozy hatte man bis vor seiner jüngsten Verurteilung noch spekuliert, ob er als Kandidat bei der nächsten Präsidentschaftswahl wieder antreten würde – obwohl noch mehrere Verfahren gegen ihn anhängig sind.

Als etwa in Deutschland der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg 2011 zurücktreten musste, weil rund ein Fünftel seiner Doktorarbeit ein Plagiat war, sorgte das bei Franzosen eher für Belustigung. Selbst Dubarry nennt ein solches Vorgehen ein „Übermaß an Tugend“. Im Herzen bleiben die Franzosen wohl doch Latinos – trotz aller Transparenzregeln.

Bericht Seite 5  
politik@weser-kurier.de

## Stuttgarter Nachrichten

über den grünen Pass: „Bei der Einführung eines EU-weit gültigen Covid-Reisepasses für Geimpfte, Genesene und Getestete geht es nicht nur um die Sommersaison an den Stränden im Süden. Es geht auch darum, dass der Binnenmarkt wieder auf Touren kommt. Die Konkurrenz in Fernost kann schon seit Langem wieder ohne Einschränkungen produzieren. So richtig es ist, den grünen Pass mit so viel Nachdruck voranzutreiben: Ursula von der Leyen geht damit ein hohes Risiko ein. Noch immer sind viele Fragen nicht geklärt: Wie lange sind Genesene immun? Können Geimpfte das Virus noch weitergeben? Bei der Kontaktverfolgungsapp und der Impfstrategie gehörten die Europäer nicht zur schnellen Truppe. Wenn die Kommission sich jetzt festlegt, dass der grüne Pass im Sommer funktioniert, muss sie sich schon sehr sicher sein, dass die Herausforderungen zu meistern sind.“

## Frankfurter Allgemeine Zeitung

über die Astra-Zeneca-Impfstoff: „Die wohl absurdeste Folge des plötzlichen Impfstoppes für Astra-Zeneca ist die Entscheidung eines lebensrettenden Mittels, das Krankheit und Tod vieler Menschen durch das Coronavirus in den nächsten Wochen verhindern könnte. (...) Angesichts der sich rasant aufbauenden dritten Welle sollte Menschen nicht verwehrt werden, sich mit dem von anderen millionenfach verschmähten Vakzin impfen zu lassen, wenn sie dazu in eigener Risikoabwägung bereit sind. Und auch das massenhafte Impfen aller Bürger von 18 bis 80 in sächsischen und bayerischen Corona-Hotspots entlang der tschechischen Grenze ist in dieser Lage ein Gebot der pragmatischen Vernunft.“

## Pforzheimer Zeitung

über die Prognose der Wirtschaftsweisen: „Die Pleitewelle kommt noch, etwa in der Gastronomie und im Handel. Und endlos Schulden machen kann der Staat auch nicht, um alles aufzufangen. Im Gegenteil, bald sind Sparhaushalte angesagt. Außerdem ist das Schiff in keinem guten Zustand. Die Digitalisierung – erbärmlich. Die öffentliche Verwaltung – ineffektiv und langsam. Die Autoindustrie – kämpft um Anschluss. Die Energiewende – stockt gefährlich. Corona hat die Schwächen von Made in Germany deutlich gemacht. Der einzige wirkliche Lichtblick: Die Leistung der deutschen Forschung, siehe Biontech.“

## Märkische Oderzeitung

über die Eliteeinheit KSK: „Zwar gelten die KSKler als besonders harte Kerle (es sind tatsächlich fast nur Kerle), aber dieses Ausmaß an öffentlichem Misstrauen und Kritik scheint auch an den Soldatenseelen nicht spurlos abzuprallen. Nun lässt sich einwenden, dass Elitetruppen eben auch so etwas aushalten müssen. Wer in gefährliche Auslandseinsätze geschickt wird, sollte auch gewissem Gegenwind an der Heimatfront standhalten. Wobei es eigentlich nicht um Standhalten geht, sondern um richtig verstandenes Anpassen: Auch die eingeschwoenen KSKler müssen sich an die Prinzipien der Bundeswehr halten.“



Sarkozy im Präsidentschaftswahlkampf 2012. Er soll dabei mehr Geld ausgegeben haben, als die Regeln erlauben.

FOTO: PHILIPPE WOJAZER/DPA

WESER KURIER  
TAGSZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten  
WESER ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten  
TAGSZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG  
Martinstraße 43, 28195 Bremen  
Chefredakteurin: Silke Hellwig  
Mitglied der Chefredaktion: Joerg Helge Wagner  
Digitalchef: Bastian Angenendt-Eiserbeck  
Art-Direktor: Franz Berding

Leiter Zentralredaktion und Politik: Markus Peters - Chefredakteur:  
Jürgen Hinrichs, Jean-Julien Beer - Bremen/Niedersachsen und  
Wirtschaft: Maren Beneke, Michael Brandt - Kommunal- und  
Landespolitik: Jürgen Theiner - Sport: Mathias Sonnenberg  
Kultur: Iris Hetscher - DIE NORDDEUTSCHE: Björn Josten  
WJME-ZEITUNG: André Fesser - OSTERHOLZER KREISBLATT:  
Antje Borstelmann - ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land:  
Kai Purschke - DELMENHORSTER KURIER: Gerwin Möller\*  
SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU: Esther Nögerath\*  
Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Berlin: Anja Maier  
Büro Paris: Birgit Holzer - Büro Brüssel: Detlef Drewes  
Büro London: Katrin Pribyl - Büro Washington: Thomas Spang  
\*PresseDienst Nord GmbH

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle. Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 40,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner  
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 75.  
Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:  
montags bis freitags von 9.30 bis 17 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 17 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 9 bis 12 Uhr.  
Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.

Verlag:  
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00

Abonnenten-Service:  
Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20  
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de  
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Redaktion:  
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00  
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de  
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:  
Telefon: 04 21/36 71 66 55  
Telefax: 04 21/36 71 42 21 (Anzeigen)  
Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)  
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de  
anzeigen@bremer-nachrichten.de

Druck: Druckhaus Delmenhorst GmbH